



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 41. Ratssitzung vom 15. März 2023

1529. 2022/338

Motion von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13.07.2022: Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 407/2022): Klimaschutz ist immer auch eine Frage der Gerechtigkeit. Der grösste Teil der Treibhausgasemissionen der Stadt Zürich entsteht im Ausland. Wir profitieren von vielen billigen Produkten, die im Ausland hergestellt werden und dort Emissionen verursachen. Viele der Länder, von denen wir auf diese Weise profitieren, können sich Klimaschutz nur schwer leisten. Zürich soll deswegen Verantwortung übernehmen. Die Motion fordert, dass Zürich in einem Land, das weniger finanzielle Möglichkeiten hat und besonders unter der Klimakrise leidet, ein Klimaschutzprojekt fördert. Das Projekt soll die Reduktion eines Äquivalents von mindestens 10 Prozent der Emissionen der Stadt Zürich zum Ziel haben. Es soll sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig sein. Die Emissionen, die durch dieses Projekt reduziert werden, sollen nicht dem städtischen Netto-Null-Ziel angerechnet werden. Es repräsentiert keinen Ersatz für Projekte in der Stadt oder andere Entwicklungsprojekte im Ausland.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Bis ins Jahr 2040 wollen wir mindestens 30 Prozent weniger indirekte Emissionen ausstossen. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, da die Reduktion indirekter Emissionen sehr schwierig ist. Die Motion entspricht den Zielen des Stadtrats, ist aber ein wenig zu eng gefasst. Die klare Vorgabe einer Reduktion von 10 Prozent ist nicht sachgerecht. Wir möchten individuell prüfen, was sinnvoll ist. Wir sind bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, nicht aber als Motion.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Mit dieser Motion wird die Öko-Vetternwirtschaft internationalisiert. Statt die Ölscheiche zu finanzieren, verschwindet unser Steuergeld einfach in den Taschen der links-grünen Öko-Lobby im Ausland.



Walter Anken (SVP): Es stimmt, dass 75 Prozent der Emissionen der Stadtzürcher Bevölkerung ausserhalb der Stadt verursacht werden. Dies aber nicht nur im Ausland, sondern auch innerhalb der Schweiz. Wieviel davon wohl tatsächlich im Ausland verursacht wird? Auch richtig ist, dass die Hauptschuldigen am Klimawandel nicht die Hauptbetroffenen sind. Eben weil sich viele Länder adäquaten Klimaschutz nicht leisten können, vertrat die SVP schon immer die Meinung, dass die ambitionierten Klimaziele zu hoch angesetzt sind. Wir sind Realisten. Die Motion fordert, dass die Klimaprojekte die sozialen Belange verbessern sollen. Wie das passieren soll, steht natürlich nicht. Es müssten erst einige Regierungen ausgetauscht werden, um das zu erreichen. Es steht auch nicht, dass finanziell schwächere Länder von Produktion und Handel mit anderen Ländern profitieren, oder dass die geforderten Ziele wahrscheinlich nur mit mehreren Projekten erreicht werden können. Gut, hat der Stadtrat das durchschaut. Auch dass internationale Emissionsreduktionen der Stadt Zürich nicht angerechnet werden, ist unerhört.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Entwicklungshilfe und Klimafinanzierung muss getrennt werden. Die Klimaziele sehen vor, dass vermeidbare Emissionen reduziert und unvermeidbare Emissionen ausgeglichen werden. Die Reduktion der direkten Emissionen gehört klar in den Handlungsbereich der Stadt. Indirekte Emissionen, bei denen Produktions- und Transportketten eine Rolle spielen, können schwerer vermieden werden. Diese auszugleichen, kann in anderen Bereichen wie dem Artenschutz eine grosse Hilfe sein. Wir als reiches Land beziehen viele Produkte mit langer Produktionskette und verursachen so Emissionen, unter denen der globale Süden leidet. Dies auf eine kolonialistische Art und Weise wieder wettzumachen, behagt uns nicht. Die Finanzierung darf auf keinen Fall eine Ausrede sein, unseren lokalen Emissionsausstoss nicht zu reduzieren. Die Projekte sollen explizit keine Kompensation darstellen. Daher dürfen sie auch den Netto-Null-Zielen der Stadt nicht angerechnet werden. Mit dem eng gesetzten Anteil von 10 Prozent wird sichergestellt, dass der Stadtrat Kompensationswege prüft.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Bündner Baukartelle gehen global: Das schreit nach einem Skandal. Auch wir möchten keine fixen Raten im Bereich Treibhausgasemissionen festlegen, sympathisieren aber mit den inhaltlichen Anliegen. Aus diesem Grund unterstützen wir die Motion in Form eines Postulats.

Barbara Wiesmann (SP): Mit der Änderung der Gemeindeordnung haben wir klare Ziele für die Reduktion unserer Emissionen beschlossen. Mir ist es wichtig, dass wir auch bei den indirekten Emissionen ambitioniert voranschreiten. Das reicht aber noch nicht. Wir müssen uns auch dort engagieren, wo diese Emissionen entstehen, besonders, wenn die betroffenen Länder wenig finanzielle Mittel zur Bekämpfung haben. Die im Ausland reduzierten Emissionen sollen auf keinen Fall bei unseren Klimazielen dazugerechnet werden. Wir möchten an dem fixen Betrag von 10 Prozent festhalten.

Samuel Balsiger (SVP): Bei den Linken und Grünen im Rat liegen reihenweise iPhones auf dem Tisch. Diese werden bekannterweise in China hergestellt und haben lange Produktionsketten. Sie sind offensichtlich nicht bereit, einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz in anderen Ländern zu leisten. Steuergeld verteilen sie aber gerne, besonders wenn es ihrer Klientel zugutekommt und sie Leute aus den eigenen Reihen im Projekt



3 / 3

engagieren können. Sie tun so, als würden sie die Welt retten, und nehmen dafür jegliche Themen als Vorwand, egal ob Flüchtlingspolitik oder Klima.

Barbara Wiesmann (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 59 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat